

Die Ergebnisse der Landtagswahl in Thüringen am 30. August 2009 – Wahlnachtbericht und erste Analyse

Inhaltsverzeichnis

1.	Das Parteiensystem bis zur Landtagswahl 2009.....	1
2.	Der Landtagswahlkampf 2009	3
3.	Die Ergebnisse der Vorwahlbefragungen.....	6
4.	Das Wahlergebnis im Überblick	10
	a. Das Wahlergebnis in Einzelaspekten	11
	b. Rechtsextreme Ergebnisse	12
5.	Das Wahlergebnis im Einzelnen	12
	a. Die Wähler/-innen-Wanderung	13
	b. Die Wähler/-innen nach Altersgruppen.....	13
	c. Die Wähler/-innen nach Berufsgruppen.....	14
	d. Die Wähler/-innen nach Bildungsstand.....	14
	e. Die Wähler/-innen nach verschiedenen Merkmalen.....	15
6.	Das Wahlergebnis der LINKEN im Einzelnen	16
	a. Motivation der Wahlentscheidung.....	16
	b. Ansichten über die LINKE	16
	c. Wähler/-innen nach Tätigkeit und Altersgruppen.....	16
	Die Autoren / Vorbehalt	17

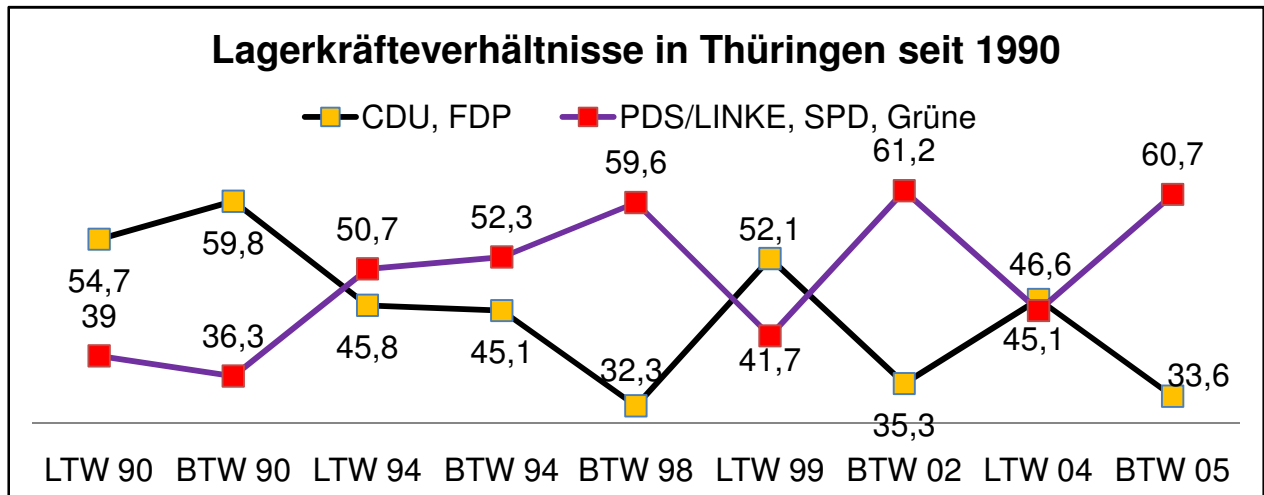
1. Das Parteiensystem bis zur Landtagswahl 2009

Thüringen wird seit 1999, also seit zwei Legislaturperioden von der CDU mit absoluter Stimmenmehrheit regiert.

Am 6.6.2003 übergab Bernhard Vogel, seit dem 5.2.1992 Ministerpräsident des Landes, das Amt an Dieter Althaus. Bei den Landtagswahlen 2004 verteidigte Dieter Althaus die absolute Mehrheit der CDU. Zwar verlor die CDU erheblich, von 51% der Stimmen auf 43% der abgegebenen gültigen Stimmen. Da aber 16,4% der abgegebenen Stimmen auf Parteien entfielen, die den Einzug in den Landtag nicht schafften, reichte es zur absoluten Mehrheit der Sitze (45 von 88 Landtagssitzen).

Obwohl die CDU seit 1990 den Ministerpräsidenten stellt – von 1990-1994 in einer CDU/FDP-Koalition, von 1994-1999 in einer CDU/SPD-Koalition – besitzt die CDU keine durchgreifende politische Hegemonie im Land. *„Die CDU ist von einer strukturellen Mehrheit weit entfernt“*¹, aber es war bisher auch noch nie möglich, – rechnerisch wie politisch – eine Regierung ohne die CDU zu bilden.

¹ Andreas Hallermann 2008, Das Parteiensystems Thüringen; in: Uwe Jun, Melanie Haas, Oskar Niedermayer (Hrsg.): Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden, S. 453-469, S. 466

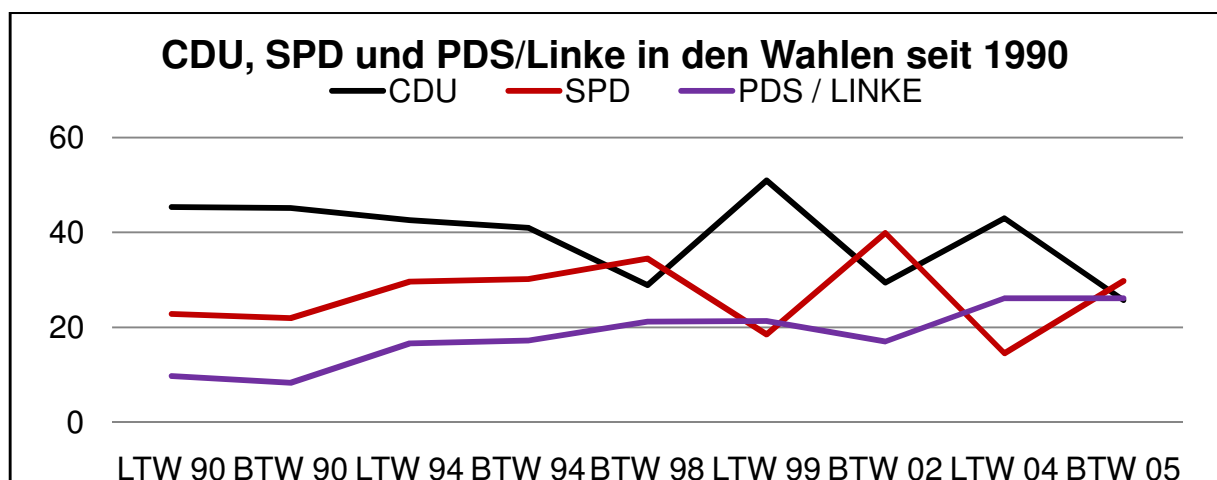


Betrachtet man die Ergebnisse aller Wahlen seit 1990, so gab es eine Mehrheit bei den Stimmenanteilen für die CDU bzw. für ein schwarz-gelbes Bündnis lediglich bei den Wahlen 1990 und den beiden Landtagswahlen 1999 und 2004 (46,6% zu 45,1%).

Wäre die Wahlrechtsänderung ausgeblieben und der Landtag nach vier Jahren 1998 gewählt worden, so wäre Schwarzgelb wohl nur auf rund 35% der Stimmen gekommen und ein Politikwechsel möglich gewesen.

Mit Ausnahme der genannten Jahre gab es bei allen anderen Wahlen immer eine rechnerische Mehrheit für SPD und PDS/LINKE (plus Grüne) gegenüber CDU und FDP. Bei den Bundestagswahlen 2005 fiel diese Mehrheit mit 60,7% zu 33,6% der gültigen Stimmen und 45% zu 25% der Wahlberechtigten bisher am deutlichsten aus.

Seit mit einer Wahlrechtsänderung Mitte der 90er Jahre die Legislaturperiode auf fünf Jahre verlängert und die Termine von Bundestagswahlen und Landtagswahlen entkoppelt wurden, zeigt sich die politische Beweglichkeit der Wählerinnen und Wähler in Thüringen vor allem in den Wahlergebnissen von SPD und CDU (siehe Diagramm „Landeswahlergebnisse für CDU, PDS/LINKE, SPD in Thüringen 1990-2009“).



Bei der Bundestagswahl 1998 erreichte die CDU mit 28,9% der Stimmen einen absoluten Tiefpunkt, die SPD liegt mit 34,5% erstmals vorn. Bei den Europawahlen, vor allem aber bei den Landtagswahlen im Jahr darauf erzielt die CDU mit 42,4% und dann 51% ihr bestes Ergebnis, während die SPD auf 18,5% abstürzt. Die auf die Bundestagswahl folgenden Landtagswahlen werden „auch schon mal zum Referendum über die Bundespolitik¹²“ genutzt. Bei den Bundestagswahlen 2002 erzielt wiederum die SPD ihr bis dahin bestes Ergebnis im

² Hallermann 2008, Ebd.

Land (39,9%) und liegt zehn Prozentpunkte vor der CDU. Diese wiederum liegt bei den folgenden Landtagswahlen 2004 mit 43% deutlich vor der SPD, die auf ein historisches Tief von 14,5% fällt – nur um ein Jahr später bei den vorgezogenen Bundestagswahlen mit 29,8% wieder vor der Union (25,7%) zu liegen.

Einigermaßen unberührt von diesen Bewegungen der Wählerschaft zwischen CDU und SPD erscheinen die Wahlergebnisse für die PDS bzw. DIE LINKE. Abgesehen vom „Ausrutscher“ bei der Bundestagswahl 2002 erfreut sie sich bis 2005 eines stetigen Zuwachses beim Stimmenanteil. Erstmals das Europawahlergebnis 2009 lag unter dem Vorwahlergebnis. Seit 1994 schafft es die Partei, unabhängig von der Wahlbeteiligung, regelmäßig bei allen Wahlen zwischen 11,7% und 13,5% der Wahlberechtigten als Wählerinnen und Wähler zu gewinnen. Bei den außerordentlichen Bundestagswahlen 1998 (Ablösung Kohl, Kampf um Fraktionsstärke) und 2005 („Agenda2010“, Wiedereinzug in den Bundestag) wurden mit 17,2% und 19,3% der Wahlberechtigten höhere Werte erzielt.

Die CDU konnte zwischen 34,1% der Wahlberechtigten (BTW 1990) und 15,9% (EP 2009), zuvor 19% bei der BTW 2005, zur Stimmabgabe mobilisieren. Die Werte für die SPD schwanken zwischen der Bestmarke 29,4% der Wahlberechtigten bei der Bundestagswahl 2002 und 7,5% bei der darauffolgenden Landtagswahl 2004. Veränderungen in der Wahlbeteiligung (Höchstwert BTW 1998 mit 82,3%, Tiefstwerte 53,8% bei der LTW 2004 und 53% bei der EPW 2009) gehen vor allem auf die Fähigkeit von CDU und SPD zurück, wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger für eine politische Entscheidung zu mobilisieren.

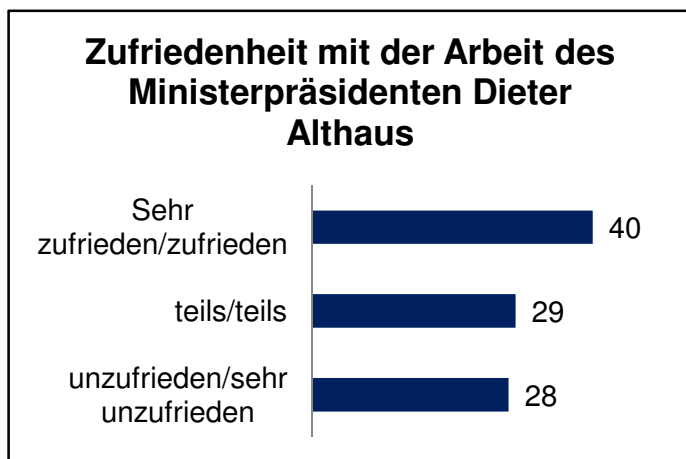
Das Wahlverhalten der thüringischen Bevölkerung seit 1990 ist in der politischen Farbenlehre der Bundesrepublik strukturell Mitte-Links orientiert, nicht Mitte-Rechts.

In der Zusammensetzung des Landtages spiegelt sich diese Grundorientierung allerdings nicht wieder. Das anfängliche Fünf-Parteiensystem Thüringens schrumpfte bereits 1994 auf ein Drei-Parteiensystem. Nicht nur FDP und Grüne scheiterten an der Fünf-Prozent-Hürde, sondern auch eine wachsende Anzahl von Wählerinnen und Wählern „sonstiger“ Parteien. Waren 1999 immerhin schon 9,1% der gültigen Stimmen nicht im Parlament repräsentiert, waren es fünf Jahre später bereits 16,4%, jede sechste Wählerin und jeder sechste Wähler.

Das Drei-Parteiensystem, das in Ostdeutschland für die zweite Hälfte neunziger Jahre und die erste Hälfte dieser Dekade bestimmend war, hat sich jedoch auch in Thüringen abgeschwächt und wird mit der kommenden Wahlperiode sein Ende finden.

2. Der Landtagswahlkampf 2009

Die **CDU** hatte bei der Landtagswahl 2004 zwar die absolute Mehrheit der Mandate im Landtag erreicht, ohne jedoch tatsächlich über eine politische Mehrheit im Land zu verfügen. Im Gegenteil – die Union hatte 8% gegenüber der Wahl 1999 verloren und war auf das Niveau von 1994 (42,6%) abgesunken.



Die CDU hatte sich deshalb 3 Wahlziele gestellt: 1. Die Verteidigung der absoluten Mehrheit oder 2. zumindest eine schwarz-gelbe Regierungsmehrheit sowie 3. ein Wahlergebnis von 45%+X. Im Mittelpunkt des Wahlkampfes stand der Ministerpräsident Dieter Althaus.

Die Eckdaten der Landesentwicklung schienen diese Strategie zu unterstützen. Thüringen hat in den vergangenen Jahren bei den Bildungsvergleichen wie Iglu und Pisa sehr gut abge-

schnitten, die Arbeitslosenquote ist die niedrigste in Ostdeutschland und bei der Erwerbstätig-

genquote liegt Thüringen über dem Mittelwert Deutschlands. Auch bei der Kriminalstatistik, in einer eher konservativ und ländlich geprägten Region ein nicht unwesentliches Kriterium, konnte die Landesregierung auf beruhigende Werte verweisen.

Und dennoch ergab selbst eine von der CDU in Auftrag gegebene Befragung aus dem Oktober 2008³, eher beunruhigende Werte für die thüringische Union. Nur 35% waren mit der Arbeit der Landesregierung sehr zufrieden oder zufrieden. Die Mehrheit der Befragten (46%) äußerte sich unentschieden (teils/teils) und 17% waren unzufrieden bis sehr unzufrieden. Zum Vergleich: Die bayerische CSU-Staatsregierung konnte wenige Tage vor der Landtagswahl 2008, die mit einer Erdrutschniederlage endete, immerhin noch Zustimmungswerte von 48% verbuchen, die nordrheinwestfälische SPD-Landesregierung kam kurz vor ihrer Abwahl 2005 auf einen Zustimmungswert von 41%.⁴

Auch die Arbeit des Ministerpräsidenten wurde nicht übermäßig gut bewertet (vgl. Abbildung: gms gmbh 2008). Nur 40% der Befragten waren mit der Arbeit des MP sehr zufrieden oder zufrieden. Mehr als jeder Vierte (28%) war unzufrieden bis sehr unzufrieden und fast jeder Dritte (29%) war unschlüssig und antwortete mit der für solche Befragungen unüblichen Antwortmöglichkeit „teils/teils“. Die Oppositionsparteien lasen daraus eine Wechselstimmung im Land.

Bereits zu diesem Zeitpunkt hatte sich das Bild eines glücklos agierenden Ministerpräsidenten gefestigt. Mit Elan in die Wahlperiode gestartet, schaute die Landesregierung zum Beginn des Wahljahres 2009 auf eine Kette von Fehlentscheidungen, die Dieter Althaus angelastet wurden. Die Justizreform scheiterte bereits bei der Schließung eines Landgerichts, die Reform der Theaterlandschaft am Widerstand von Kommunen und Theaterleuten. Gerichtsentscheidungen durchkreuzten Regierungspläne, wie z.B. bei der Teilzeitbeschäftigung von Lehrer/-innen und die als großer Wurf geplante Kabinettsumbildung endete im Desaster um die angestrebte Benennung des Abgeordneten Krause, der früher einmal als Mitarbeiter für die extrem rechtskonservative Zeitung „Junge Freiheit“ tätig war.⁵ In diese Gemengelage fiel der Skiunfall des Ministerpräsidenten vom Neujahrstag 2009, bei dem durch einen von Althaus verursachten Zusammenprall eine Frau starb. Entgegen verschiedentlich angenommen schien der Unfall Althaus selbst nicht geschadet zu haben. Der Unfall und sein monatelanger Ausfall führten weder zum Autoritäts- und Ansehensverlust in Partei und Bevölkerung, sondern machten Althaus eher menschlicher. Bis zu dem Zeitpunkt, als Althaus selbst begann gegen den von ihm anfangs eingeforderten und der Opposition akzeptierten Konsens zu verstoßen, den Unfall im Wahlkampf zu thematisieren. Verschiedentlich äußerte er sich in der Boulevardpresse über den Unfall, die Folgen und sein Verhältnis zur Familie des Opfers. In den Schilderungen von Althaus erschien der Zusammenprall als eine Verkettung unglücklicher Umstände, die jedem passieren könnte. Das österreichische Gericht, das ihn in einem umstrittenen Schnellverfahren wegen fahrlässiger Tötung verurteilt hatte, sah dies anders. Die Familie des Opfers verbat sich in der Endphase des Wahlkampfes jegliche Äußerungen von Althaus, insbesondere die Darstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Witwer des Opfers.

Diese Entwicklung und die Stimmungslage im Land, ließen es bereits frühzeitig als hochwahrscheinlich erscheinen, dass die CDU die absolute Mehrheit und die angestrebten 45%+X verfehlen würde. Doch sogar das Nichterreichen des dritten Wahlziels – ein Verbleib in der Regierung, gemeinsam mit der FDP – wurde in den Bereich des Möglichen gerückt.

Aus dieser Gemengelage zogen die Oppositionsfractionen aus **LINKEN** und **SPD** Kraft für ihren Wahlkampf.

Die LINKE hatte bereits über ein Jahr vor der Wahl per Akklamation den früheren Fraktionsvorsitzenden im Landtag und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Bodo Ramelow zum Ministerpräsidentenkandidaten gekürt. Diese Aufgabe hatte Ramelow bereits bei der Landtagswahl 2004 ausgeübt. Die damalige PDS erreichte bei dieser Wahl ihr bis-

³ Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung Dr. Jung mbH 2008, <http://www.gms-gmbh.com/index.php?aid=106>

⁴ Infratest-dimap 2008, WAHLREPORT – Landtagswahl Bayern am 28.09.2008, S. 28.

⁵ Claus Peter Müller, Der alte Schwung ist hin, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. August 2009.

lang bestes Stimmenergebnis und konnte über ein Viertel der Wähler/-innen auf sich vereinen. Obwohl bereits 2004 als Ministerpräsidentenkandidat ins Rennen geschickt, wurde aufgrund der anhaltenden Schwäche der CDU und der zeitweisen Umfragewerte für die LINKE, die mit rund 30% gleichauf mit der CDU lag, eine Ministerpräsidentschaft von Bodo Ramelow in den Bereich des Möglichen gerückt. Auf dieser Grundlage entwickelte sich eine Wahlkampfodynamik, in deren Ergebnis die Frage eines Regierungswechsels spannend und sich ab Sommer 2009 mit einem Anwachsen der Zustimmungsraten für die SPD eine Debatte über die Frage entspann, wer von den drei Ministerpräsidentenkandidaten, Althaus, Ramelow oder Matschie am Ende tatsächlich in die Staatskanzlei einziehen könnte.

Dass alle drei Bewerber über die Fähigkeit zum Ministerpräsidenten verfügen wurde in dieser Debatte nicht mehr hinterfragt – ebenso wenig die Regierungstauglichkeit der LINKEN.

Der Wahlkampf wurde also zunehmend unter dem Gesichtspunkt eines möglichen Regierungswechsels thematisiert. Auch wenn die SPD sich um eine Äquidistanz zu CDU und LINKEN bemühte wurde doch herausgehoben, dass sich die Mitte-Linksparteien programmatisch näher stehen als SPD und CDU.

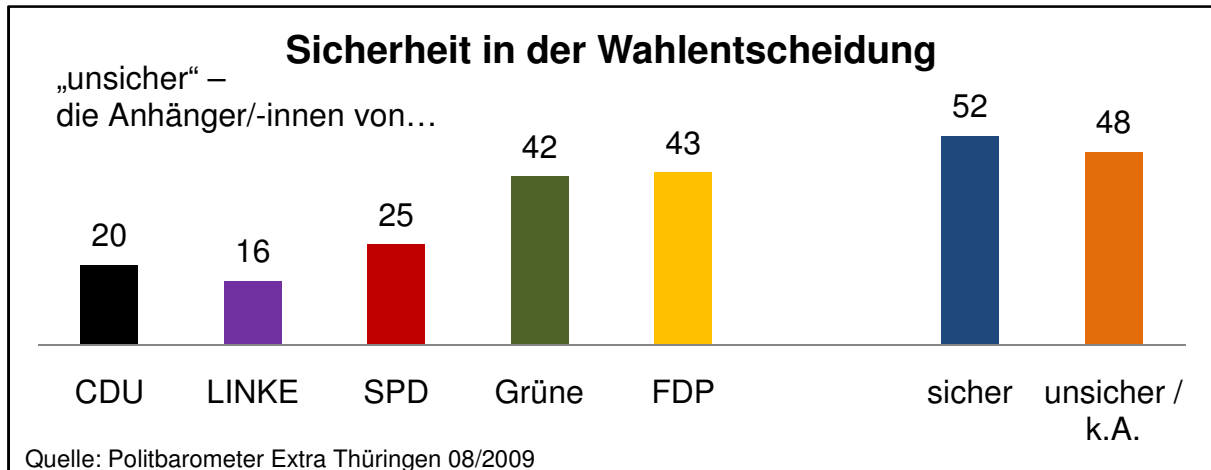
Während die LINKE eine Regierungsbeteiligung nur durch ein Bündnis mit SPD und ggf. den Grünen erreichen kann, war und ist die strategische Ausrichtung der SPD nicht allein eine machtpolitische Frage, sondern Gegenstand heftigster innerparteilicher Auseinandersetzungen. Der Benennung von Christoph Matschie als Spitzenkandidat war ein innerparteilicher Machtkampf zwischen Matschie und dem früheren SPD-Innenminister Richard Dewes vorausgegangen. Dewes ein erklärter Anhänger eines Linksbündnisses unterlag deutlich mit dem Ergebnis, dass Matschie nicht nur den Dewes-Flügel bei der Benennung der Listenplätze weitgehend unberücksichtigt ließ, sondern zudem eine Mitgliederbefragung initiierte, in deren Ergebnis die SPD als auf ein Bündnis mit der CDU ausgerichtet erscheinen musste. Dass diese Haltung so starr nicht ist, wurde im Verlauf des Wahlkampfes deutlich. Argumentierte Matschie anfangs noch dergestalt, dass die SPD in keine Koalition mit der LINKEN gehen könne, wenn diese stärker sei als die Sozialdemokratie, modifizierte er seine Aussagen am Ende des Wahlkampfes dahingehend, dass die Wahl von Ramelow zum Ministerpräsidenten ausgeschlossen sei und wenn SPD sowie Grüne gemeinsam stärker als die LINKEN seien, die beiden stärkeren Parteien das Vorschlagsrecht hätten.

Die beiden kleinen Parteien **Grüne** und **FDP**, seit 15 Jahren nicht mehr im Landtag vertreten, konnten sich mit zunehmendem Verlauf des Wahlkampfes Hoffnungen sowohl auf einen Wiedereinzug in den Landtag sowie ggf. sogar eine Regierungsbeteiligung machen. Insbesondere mit dem bundesweit anwachsenden Zuspruch der Liberalen durch wechselnde CDU-Wähler/-innen, die von dem staatsorientierten Krisenmanagement der Bundes-CDU enttäuscht sind, steigerte sich die Wahlchance für die FDP.

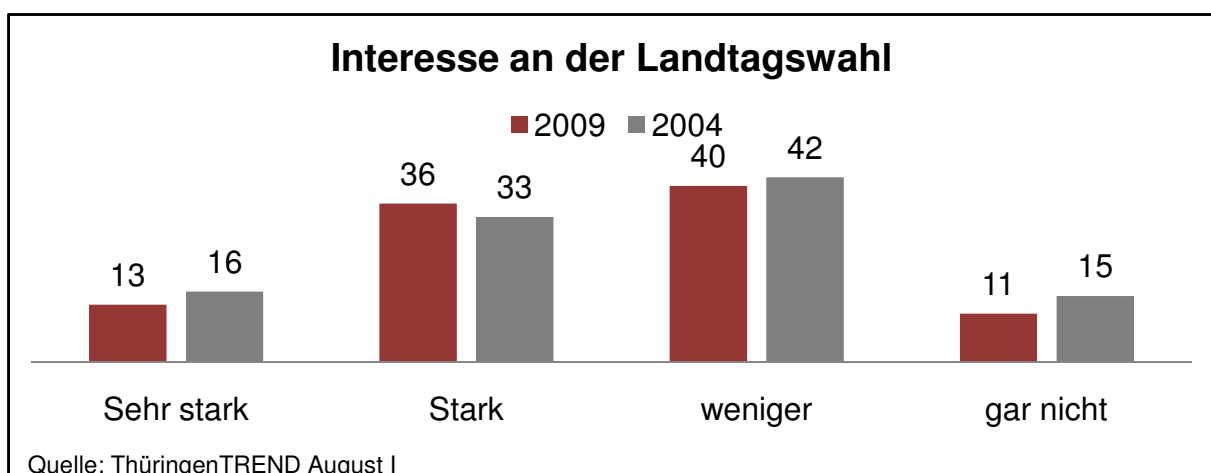
Erst gegen Ende des Wahlkampfes wurde zunehmend stärker die Möglichkeit in Erwägung gezogen, dass es auch der **NPD** gelingen könne, in den Wahlkampf einzuziehen. Zwar wurde mit einem Ergebnis wie in Sachsen 2004 nicht gerechnet, doch die Möglichkeit eines Landtageinzuges führte zu einer stärkeren Problematisierung der NPD und rechtsextremer Realität in vielen Regionen Thüringens.

3. Die Ergebnisse der Vorwahlbefragungen

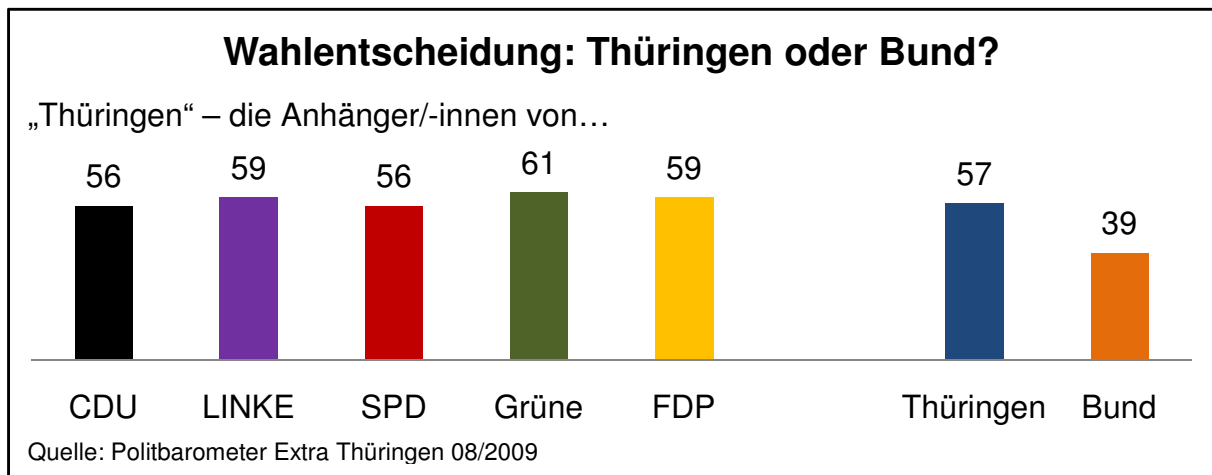
Nachstehend werden Ergebnisse der Vorwahlbefragungen dargestellt. Dabei wird zum einen auf Angaben der Forschungsgruppe Wahlen, veröffentlicht im Politbarometer Extra 08/2009 Thüringen sowie auf Daten von Infratest-dimap im jeweiligen ThüringenTREND zurückgegriffen.



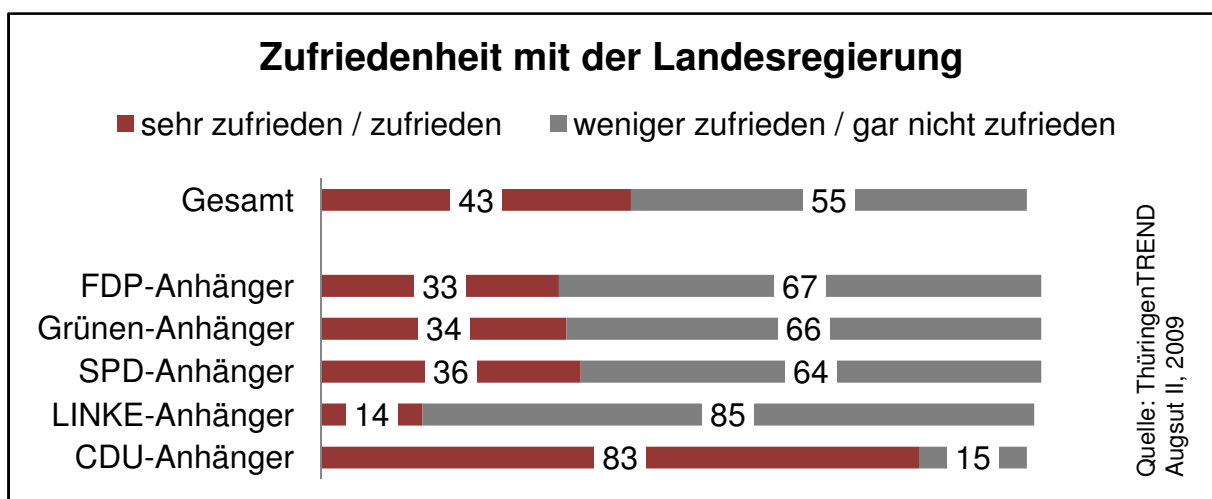
Rund zehn Tage vor der Wahl war sich zwar jeder zweite Wahlberechtigte (52%) sicher in seiner Wahlentscheidung, doch fast genauso viele (48%) hatten bislang keine abschließende Entscheidung getroffen. Im Vergleich der Parteianhänger/-innen waren sich die LINKE-Anhänger/-innen am sichersten. Nur 16% dieser Befragten gaben an, noch unsicher zu sein. Bei den beiden kleinen Parteien, die bislang nicht im Landtag vertreten sind, FDP und Grüne war die Unsicherheit mit 43% bzw. 42% am stärksten ausgeprägt. Während dies für die FDP mit einem Umfragevolumen von 10% Zustimmung ausgestattet nicht unbedingt problematisch war, mussten die Grünen, die mit ca. 5% gehandelt wurden, insbesondere die letzten Wochen und Tage des Wahlkampfes nutzen. Bei der CDU war sich jeder fünfte, bei der SPD jeder Vierte seiner Wahlentscheidung noch nicht abschließend klar.



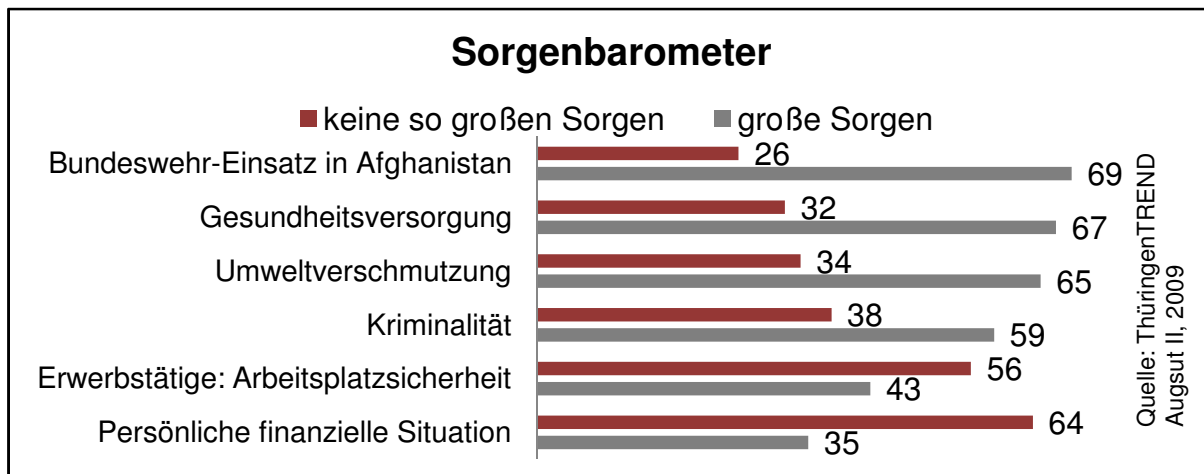
Infratest dimap ermittelte im ThüringenTREND August I 2009, dass der Anteil derjenigen, die sich gar nicht oder weniger für die Landtagswahl interessierten im Vergleich zu 2009 abgenommen hatte, gleichzeitig aber auch der Anteil derjenigen, die sich sehr stark für die Landtagswahl interessierten. Demgegenüber nahm der Anteil derjenigen zu (3%), die sich stark für die Landtagswahl interessierten.



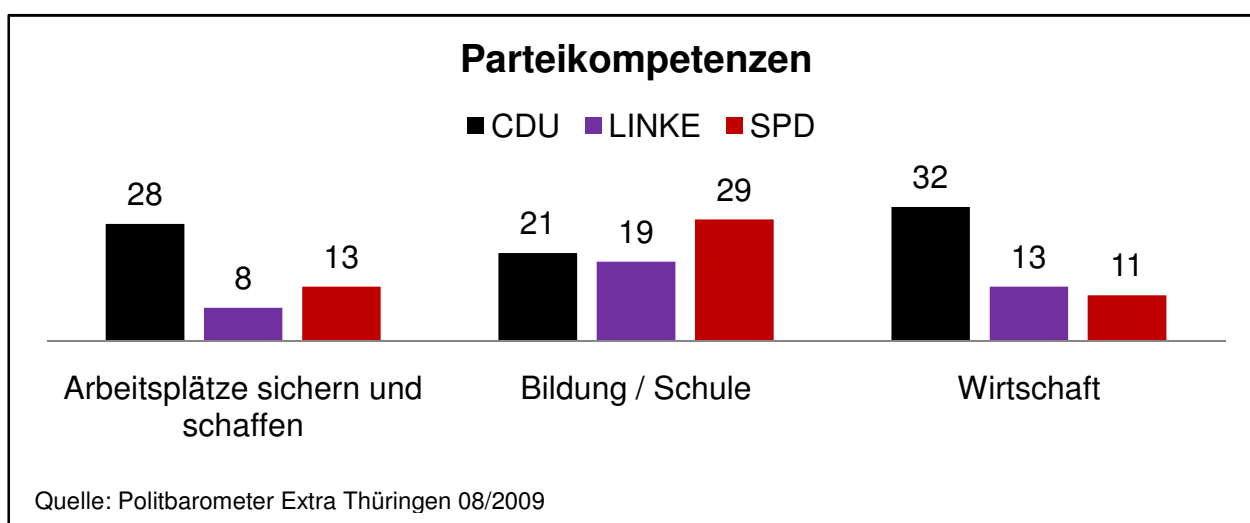
Die Wahl in Thüringen wird weniger stark als im benachbarten Sachsen aber dennoch stärker als im Saarland durch bundespolitische Themen bestimmt. Fast 40% der Wähler/-innen sehen in der Bundespolitik eine Ursache ihrer Wahlentscheidung, für 57% der Wähler/-innen stehen landespolitische Beweggründe im Vordergrund. Die Unterschiede zwischen den Parteien sind nicht groß. Von den drei im Landtag vertretenen Parteien ist bei den LINKEN die Zahl derjenigen, die die Landespolitik zur Wahlentscheidung motiviert am höchsten ausgeprägt (59%). Auch die Anhänger/-innen der beiden nicht im Landtag vertretenen Parteien FDP und Grüne sehen in der Landespolitik ihre Hauptmotivation zur Wahlentscheidung.



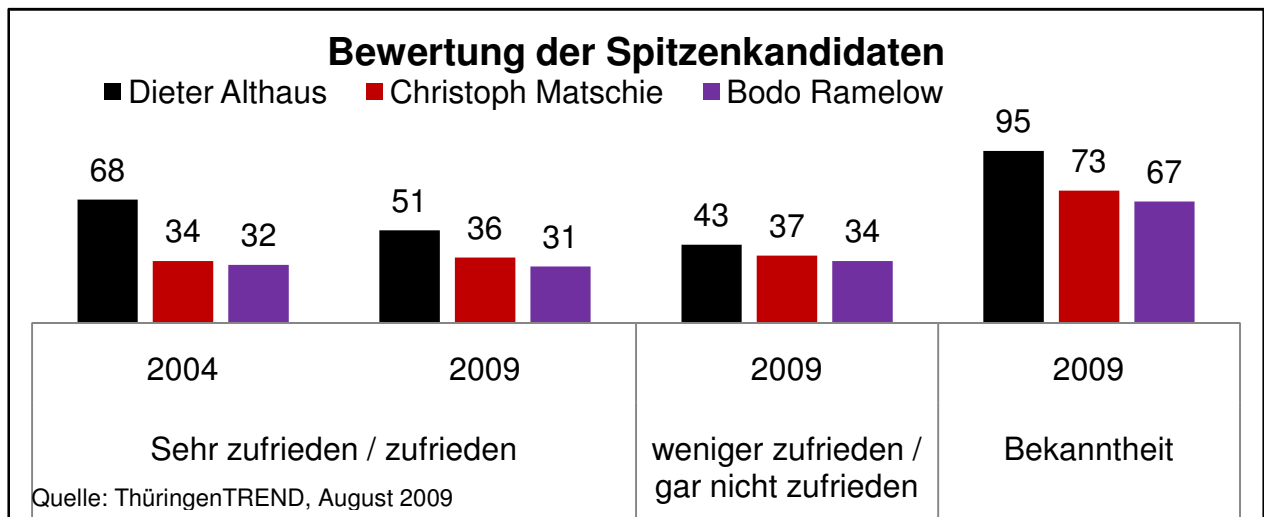
Mehr als jeder zweite thüringische Wähler zeigte sich wenige Wochen vor der Wahl weniger zufrieden bzw. bis gar nicht zufrieden mit der Arbeit der Landesregierung. Während die CDU-Anhänger/-innen zu über 80% mit der Arbeit der Landesregierung sehr zufrieden oder zufrieden waren, stellte sich dies bei den LINKEN-Anhänger/-innen genau gegensätzlich dar. Nur 14% zeigten sich sehr zufrieden bis zufrieden, während 85% unzufrieden oder stark unzufrieden waren. Von den anderen Parteien waren jeweils rund zwei Drittel mit der Tätigkeit der Landesregierung unzufrieden.



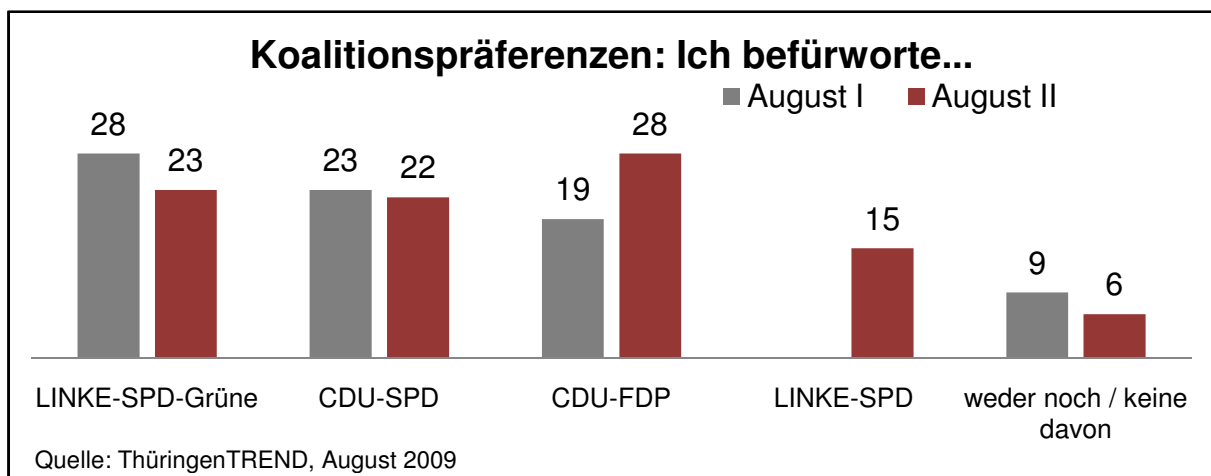
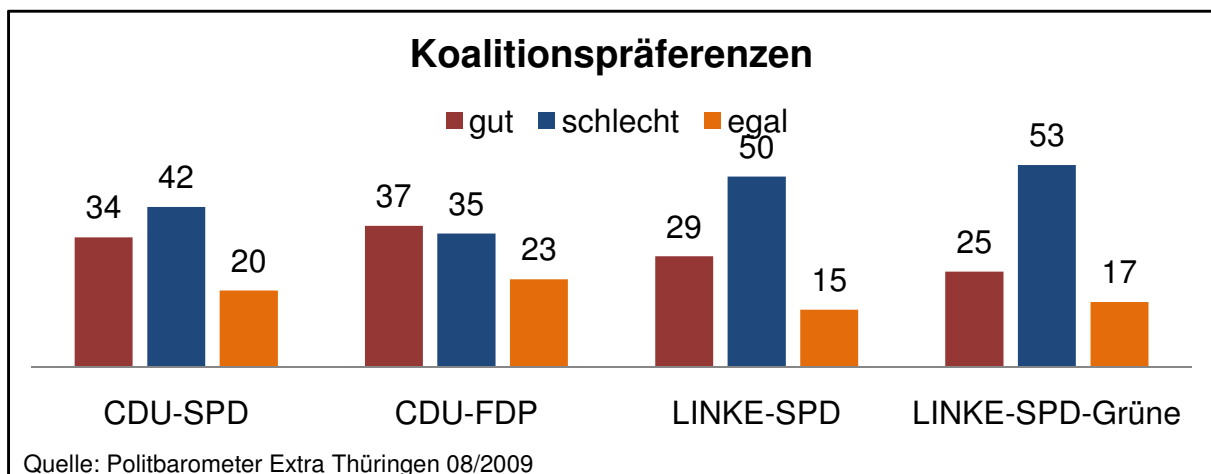
Infratest-dimap führte bei diesen Landtagswahl ein sogenanntes Sorgenbarometer ein. Dieses Barometer thematisiert nicht landespolitische Themen, sondern befragt die Wähler/-innen nach ihrer politischen Grundstimmung anhand vorgegebener Fragekonstellationen. Es zeigt sich, dass der Bundeswehreinsatz in Afghanistan die Thüringer/-innen mit großer Sorge erfüllt (69%), ebenso die Gesundheitsversorgung (67%) und die Umweltverschmutzung (65%). Die persönliche finanzielle Situation nimmt vergleichsweise weniger Sorgenraum (35%) ein.



Im Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen wiesen die Befragten Thüringer/-innen der CDU sowohl im Bereich des Arbeitsmarktes als auch bei der Wirtschaft die größte Kompetenz zu. In der Bildungs- und Schulpolitik hingegen führte die SPD die Kompetenzliste an, die CDU lag knapp vor der LINKEN, die in diesem Feld den höchsten Kompetenzwert erreichte. In allen drei Themenfeldern gaben die Befragten jedoch mit den höchsten Werten (Arbeitsplätze: 42%, Bildung: 32%, Wirtschaft: 46%) an, dass sie keiner Partei Kompetenzen zutrauen bzw. nicht wüssten welche Partei Kompetenzen habe.

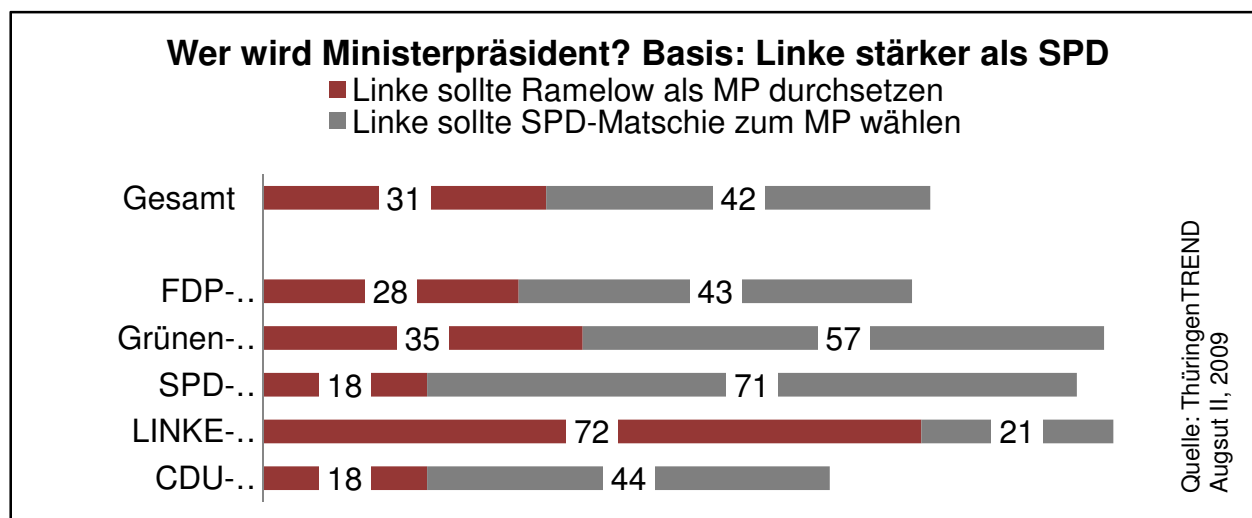


Die Bewertung der Spitzenkandidaten zeigt den Ansehensverlust des Ministerpräsidenten Althaus. Waren 2004 noch über zwei Drittel mit Althaus sehr zufrieden bzw. zufrieden, so konnte er fünf Jahre später nur noch in etwa jeden zweiten Wähler von sich überzeugen.



Befragt nach den Koalitionspräferenzen sprachen sich Anfang August 28% für ein Bündnis aus LINKEN, SPD und Grünen aus. In der Ende August von Infratest dimap durchgeführten Befragung liegt zwar mit 28% ein schwarz-gelbes Bündnis mit 28% vorn, doch ist hierbei zu

beachten, dass die Befragten wählen konnten zwischen einem rot-rot-grünen Bündnis, das 23% erhielt und einem rot-roten Bündnis, das noch einmal 15% erhielt. Die Zustimmung zu einem Politikwechsel unter Beteiligung von LINKEN und SPD dürfte also insgesamt deutlich größer sein als der erste Augenschein suggeriert.



Angesichts dessen, dass die LINKE absehbar stärker sein würde als die SPD, die SPD jedoch die Wahl von Ramelow zum Ministerpräsidenten kategorisch ausschloss, wurde von Infratest dimap die Frage gestellt, was die LINKE im Falle eines Wahlsieges tun sollte. Es überrascht nicht, dass sich die absolute Mehrheit der LINKEN-Anhänger/-innen mit knapp 3/4-Mehrheit dafür aussprach, in einem solchen Falle Ramelow durchzusetzen. Die Mehrheit der Wähler/-innen, aber bei weitem keine absolute Mehrheit empfahl der LINKEN, den SPD-Mann Matschie zum MP zu machen. Immerhin ein Drittel der Wähler/-innen (31%) sprach sich dafür aus, in einem solchen Falle Ramelow zum MP zu wählen.

4. Das Wahlergebnis im Überblick

Der Thüringer Landtag ist von einem Drei-Parteien-Parlament wieder zu einem Fünf-Parteien-Parlament geworden. Die CDU hat ein Drittel ihrer Abgeordneten verloren. DIE LINKE verlor trotz gewachsener Stimmenanteile einen Sitz und liegt insgesamt nur noch knapp hinter der CDU.

	Stimmenverteilung			Sitze		
	LTW04	LTW09		LTW04	LTW09	
CDU	43,0%	31,2%	-11,7%	45	30	-15
SPD	14,5%	18,5%	4,1%	15	18	3
Grüne	4,5%	6,2%	1,6%	0	6	6
FDP	3,6%	7,6%	4,0%	0	7	7
PDS/LINKE	26,1%	27,4%	1,3%	28	27	-1
Sonstige	8,3%	9,0%	0,7%	0	0	0

Das Wahlergebnis ist eine verheerende Niederlage für die CDU und ihren Ministerpräsidenten Dieter Althaus. Gleichzeitig haben die Thüringer Wählerinnen und Wähler den Regierungsanspruch der LINKEN bestätigt. Sie bleibt zweitstärkste Partei. Die SPD gewinnt hinzu, bleibt aber deutlich hinter der LINKEN. Die Grünen und die FDP schaffen wieder den Einzug in den Landtag. Wie in der ersten Wahlperiode 1990-1994 sind wieder fünf Parteien im Parlament vertreten.

Die Verteilung der 88 Landtagssitze lässt mehrere Konstellationen der Regierungsbildung zu:

- eine Koalition der CDU mit der SPD unter christdemokratischer Führung und einem CDU-Ministerpräsidenten (48 Sitze);
- eine Koalition von LINKEN und SPD unter Führung der LINKEN (45 Sitze);
- eine Koalition von LINKEN, SPD und Grünen unter Führung der LINKEN (51 Sitze), die die politische Zusammenarbeit an inhaltlichen Fragen in den vergangenen Jahren widerspiegeln würde.

Die entscheidende Rolle hat hier die SPD. Sie hatte im Falle, dass die LINKE stärker wird, eine Zusammenarbeit als Juniorpartner mit der CDU angekündigt. Nach den großen Verlusten der CDU und den Wechselserwartungen in der Wählerschaft wird es für die SPD politisch schwer, der CDU erneut zum Ministerpräsidentensessel zu verhelfen.

a. Das Wahlergebnis in Einzelaspekten

Wie im Saarland mobilisierte die Aussicht auf einen politischen Wechsel auch in Thüringen die Wählerinnen und Wähler. Die Wahlbeteiligung stieg um 1,9%. Die CDU konnte als einzige Partei weniger Wählerinnen und Wähler mobilisieren. Sie verlor knapp ein Viertel ihrer Stimmen.

	LTW04	LTW09	Veränderung	
Wahlbeteiligung	1.053.556	1.073.679	20.123	1,9%
CDU	434.088	329.241	-104.847	-24,2%
SPD	146.297	195.353	49.056	33,5%
Grüne	45.649	64.889	19.240	42,1%
FDP	36.483	80.511	44.028	120,7%
PDS/LINKE	263.717	288.932	25.215	9,6%
Sonstige	84.344	95.275	10.931	13,0%

DIE LINKE konnte ihr gutes Ergebnis von 2004 nochmals ausbauen. Die SPD schaffte einen Zuwachs um ein Drittel und den größten absoluten Stimmenzuwachs. Sie blieb aber deutlich unter der Stimmenzahl von 1999 (215.000).

Die FDP erreicht ihr zweitbestes Ergebnis nach 1990 (130.000 Stimmen), die Grünen erreichen wieder ihr Ergebnis von 1994.

Neben dem Vergleich mit der vorherigen Landtagswahl zeigt auch der Vergleich mit der Bundestagswahl 2005 einige Besonderheiten. Während die CDU 2004 gegenüber der Bundestagswahl 2002 trotz niedrigerer Wahlbeteiligung absolut Stimmen hinzugewinnen konnte, war dies 2009 nicht der Fall. Sie verlor vielmehr erstmals Stimmen gegenüber einer Bundestagswahl, wenn auch weniger stark als die Wahlbeteiligung zurück ging. Trotz ihres Wiedereinzuges in den Landtag gelang es der FDP nur unterdurchschnittlich, ihre Wählerschaft von 2005 zu mobilisieren. Beide Ergebnisse zusammengenommen sind ein klares Signal gegen die CDU-Regierung, aber auch gegen eine schwarz-gelbe Regierung.

Die Wechselstimmung in Thüringen wurde vor allen Dingen von den Wählerinnen und Wählern der Grünen und der LINKEN getragen, die überdurchschnittlich mobilisieren konnten. Bei der SPD bestätigte sich erneut ihre prekäre landespolitische Verankerung. Sie schaffte es nicht einmal, die Hälfte ihrer Wählerschaft von 2005 zu mobilisieren. Ihre Zugewinne gegenüber der Landtagswahl 2004 verbergen tatsächlich erhebliche Probleme, das sozialdemokratische Wählerpotential zu mobilisieren – kein wirklicher Rückenwind für die Bundestagswahl. Die Mobilisierung der LINKEN war zwar überdurchschnittlich, jedoch motivierte die Aussicht, in Thüringen einen roten Ministerpräsidenten zu stellen, knapp 90.000 Wählerinnen und Wähler von 2005 nicht zur Stimmabgabe – ein nicht kleiner Unterschied zum Ergebnis im Saarland.

Volksparteien im traditionellen Verständnis weist die Thüringer Parteienlandschaft nicht auf. Nur die SPD bei der Bundestagswahl 2005 und die CDU bei der Landtagswahl 2004 konnten zuletzt einmal mehr als ein Fünftel der Wahlberechtigten für sich gewinnen.

SPD und CDU erreichen zusammen bei Landtags- und Europawahlen zusammen deutlich weniger als ein Drittel der Wahlbevölkerung. Von den großen Parteien scheint DIE LINKE die höchste Parteibindung ihrer Anhänger zu besitzen.

Die schwarz-gelb Parteien erreichten auch bei den vergangenen Bundestagswahlen lediglich die Unterstützung von einem Viertel der Wahlberechtigten, während gleichzeitig die Mitte-Links-Parteien 45% der Wahlberechtigten erreichten.

	BTW 2005	LTW 2009	Veränderung	
Wahlbeteiligung	1.477.829	1.073.679	-404.150	-27,3%
CDU	372.435	329.241	-43.194	-11,6%
SPD	432.778	195.353	-237.425	-54,9%
Grüne	69.976	64.889	-5.087	-7,3%
FDP	115.009	80.511	-34.498	-30,0%
PDS/LINKE	378.340	288.932	-89.408	-23,6%
Sonstige	82.239	95.275	13.036	15,9%

Verteilung der Wahlberechtigten				
	EP09	BTW05	LTW04	LTW09
Nichtwähler	47,0%	24,5%	46,2%	43,8%
Ungültige Stimmen	2,0%	1,4%	2,2%	1,0%
CDU	15,9%	19,0%	22,2%	17,2%
SPD	8,0%	22,1%	7,5%	10,2%
Grüne	2,9%	3,6%	2,3%	3,4%
FDP	4,2%	5,9%	1,9%	4,2%
PDS/LINKE	12,1%	19,3%	13,5%	15,1%
Sonstige	7,9%	4,2%	4,3%	5,0%
CDU und SPD	23,9%	41,1%	29,6%	27,5%
SPD, LINKE, Grüne	23,1%	45,0%	23,3%	28,8%
CDU, FDP	20,1%	24,9%	24,0%	21,5%

b. Rechtsextreme Ergebnisse

Die NPD erreichte mit 4,3% erneut ein starkes Ergebnis nach 3,7% bei den letzten Bundestagswahlen. Sie verpasste damit zwar klar den Einzug in das Landesparlament. Aber in bestimmten Wählergruppen, so bei der Gruppe der unter 30-jährigen, erreichte sie 12 %.

5. Das Wahlergebnis im Einzelnen

Für eine qualifizierte Auswertung der Wahlergebnisse ist von Interesse, wie sich bestimmte soziale Gruppen bei der Wahl verhalten haben.⁶

⁶ Bei der Erstellung der Wahlberichterstattung waren die Autoren dieser Untersuchung auf die im Internet von Infratest dimap (ARD) bzw. der Forschungsgruppe Wahlen zur Verfügung gestellten Daten angewiesen. Lücken in der Datenfolge, wie z.B. den Altersangaben, sind bedauerlich, liegen aber in entsprechend sparsamer Veröffentlichung der genannten Institute begründet.

Folgende Ergebnisse sind nach Berechnungen auf der Basis von Wahlbefragungen von Infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen zu verzeichnen. Die Zahlen entsprechen dem Stand in der Wahlnacht. Abweichungen zwischen den Forschungsinstituten gehen auf unterschiedliche Berechnungsweisen zurück.

a. Die Wähler/-innen-Wanderung

An ... von	CDU	SPD	FDP	Grüne	LINKE.	Andere	Nichtwähl.
CDU	-	-27.000	-28.000	-6.000	-16.000	1.000	-6.000
SPD	27.000	-	-1.000	0	-5.000	7.000	20.000
FDP	28.000	1.000	-	0	1.000	1.000	9.000
Grüne	6.000	0	0	-	0	2.000	8.000
DIE LINKE.	16.000	5.000	-1.000	0	-	7.000	9.000
Andere					-7.000	-	5.000
Nichtwähler/innen	6.000	-20.000	-9.000	-8.000	5.000	-5.000	-

<http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-08-30-LT-DE-TH/analyse-wanderung.shtml>

Die Union verliert an alle im Landtag vertretenen Parteien, am stärksten jedoch an die FDP (28.000 Stimmen) und an die SPD (27.000 Stimmen). Die LINKE erhält 16.000 Stimmen von der CDU, die Grünen 6.000.

Die SPD gewinnt neben den Stimmen von der Union noch weitere 20.000 Stimmen aus dem Nichtwähler/-innenlager hinzu. Demgegenüber wirken sich die Verluste an FDP und LINKE nicht aus, die durch die Zugewinne aus dem Lager der Anderen Parteien kompensiert werden.

Die LINKE, die bereits bei der vergangenen Wahl ein historisch bestes Ergebnis erreicht hatte, kann erneut – mit Ausnahme von der FDP, an die 1.000 Stimmen abgegeben werden – aus allen Parteien und Lagern Stimmen hinzugewinnen, davon am meisten von der CDU (16.000 Stimmen).

b. Die Wähler/-innen nach Altersgruppen

	unter 30	30-44	45-59	über 60
CDU	28	30	30	35
SPD	16	17	17	23
LINKE	21	22	31	31

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen

Die CDU erzielt die höchsten Stimmenergebnisse in der Gruppe der über 60-Jährigen und liegt dort deutlich über ihrem Landeswahlergebnis. In den Altersgruppen bis 45 Jahre schneidet sie leicht unterdurchschnittlich ab, am Schlechtesten bei den unter 30-Jährigen.

Die SPD erzielt ihr bestes Stimmenergebnis in der Gruppe der über 60-Jährigen. Bei den unter 30-Jährigen erzielt sie vergleichsweise schlechte Werte.

Die LINKE erzielt höhere Stimmergebnisse in der Gruppe der 45-59-Jährigen sowie den über 60-Jährigen und ähnelt damit der Bundespartei mehr als die anderen beiden Landesverbände der LINKEN, die an diesem Sonntag zur Wahl standen.

	CDU	Linke	SPD	Grüne	FDP	FW	NPD
unter 30-Jährige	28	21	16	7	10	4	12
unter 60-Jährige	35	31	23	4	4	2	1

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen

Die Aufschlüsselung der Wähler/-innen in die zwei Gruppen der unter 30-Jährigen sowie der unter 60-Jährigen zeigt für die beiden kleinen Parteien, dass die FDP und die Grünen in den unteren Altersgruppen überdurchschnittliche und in den höheren Altersgruppen unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielen.

c. Die Wähler/-innen nach Berufsgruppen

	Arbeiter	Angestellte	Beamte	Selbstständige
CDU	30	30	31	36
SPD	18	19	24	10
LINKE	31	27	22	21

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen

Die CDU erzielt die höchsten Stimmenergebnisse in der Gruppe der Angestellten. Insgesamt verfügt sie über eine weitgehend ausgeglichene Berufsgruppenstruktur in der Wähler/-innenschaft.

Die Wähler/-innenstruktur der SPD hingegen ist durch einen überdurchschnittlichen Anteil an Beamten und einen unterdurchschnittlichen Anteil an Selbständigen geprägt.

Die LINKE erreicht die höchsten Anteile bei den Arbeiterinnen und Arbeitern sowie den Angestellten. In der Gruppe der Selbständigen wird sie unterdurchschnittlich gewählt. Während die SPD und die LINKEN im Saarland in den Berufsgruppen auf eine weitgehend identische Wähler/-innenstruktur schauen, scheint es ein gemeinsames Wähler/-innenmilieu von SPD und LINKEN in Thüringen nicht zu geben.

d. Die Wähler/-innen nach Bildungsstand

	Hauptschulabschluss	mittlere Reife	Abitur	Hochschulabschluss
CDU	36	31	28	28
SPD	20	18	19	19
LINKE	29	27	27	28

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen

Die Differenzierung nach Bildungsabschlüssen zeigt für die Union einen hohen Anteil an Wähler/-innen mit formal niedriger Bildung. Bei den Akademiker/-innen und Abiturient/-innen erzielt die Union einen unterdurchschnittlichen Wert.

Die SPD erzielt höhere Zustimmungsraten bei allen Bildungsgruppen mit Ausnahme der Wähler/-innen mit mittlerer Reife.

Die LINKE erzielt höhere Zustimmungswerte bei den Personen mit formal niedrigerer Bildung sowie den Akademiker/-innen.

e. Die Wähler/-innen nach verschiedenen Merkmalen

	SPD	CDU	Linke	FDP	Grüne	NPD
Kurzentschlossene	20	30	23	9	7	5
Erstwähler	17	25	20	10	10	14
Arbeitslose	13	25	33	8	3	10
Arbeiter	16	32	29	7	3	8
Männer	17	30	28	8	5	7
Frauen	20	34	25	7	6	3

<http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-08-30-LT-DE-TH/umfrage-werwas.shtml>

	Regionsmerkmal Migrant/-innen-Anteil							
	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	Familie	FW	NPD
Hoher Migrationsanteil	26,4	27,5	20	10,1	0,4	7,7	4	3,4
Mittlerer Migrationsanteil	31,2	29,2	18,5	4,9	0,5	7,7	3,1	4,5
Niedriger Migrationsanteil	35,2	24,8	17,3	4,6	0,4	7,5	4,8	4,8

Quelle: Infratest-dimap: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-08-30-LT-DE-TH/logi-auslaender.shtml>;
Stand: 2:51 Uhr

	Regionsmerkmal Einwohnerdichte							
	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	Familie	FW	NPD
Hohe Einwohnerdichte	25,5	29,5	19,8	8,7	0,4	7,8	3,4	3,4
Mittlere Einwohnerdichte	34,1	25,9	17,8	4,8	0,4	7,6	4,2	4,6
Niedrige Einwohnerdichte	31,7	28,2	18,6	4,8	0,5	7,6	3,7	4,6

Quelle: Infratest-dimap: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-08-30-LT-DE-TH/logi-einwohner.shtml>;
Stand: 2:51 Uhr

	Regionsmerkmal Hochburgen							
	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE.	Familie	FW	NPD
CDU – Stark	37	22,6	17,7	4,8	0,4	8,1	4,4	4,3
SPD – Stark	28,6	27,7	20	7,9	0,4	7,8	3,1	4
FDP – Stark	29,2	26,3	19,5	7,5	0,5	8,4	4,5	3,9
Grüne – Stark	24,9	26,8	20,2	12,1	0,4	8	4	3,1
Linke – Stark	28,1	31,3	19,2	6,1	0,4	7,5	3	4,2

Quelle: Infratest-dimap: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-08-30-LT-DE-TH/logi-hochburgen.shtml>;
Stand: 2:51 Uhr

6. Das Wahlergebnis der LINKEN im Einzelnen

a. Motivation der Wahlentscheidung

Die Motivation der LINKEN-Wähler/-innen zur Stimmabgabe für die LINKE ist das Themenfeld Soziale Gerechtigkeit. Dieses Ergebnis ist bereits aus früheren Wahlen bekannt.

	alle	Linke-Wähler/-innen
Wirtschaftspolitik	36	
soziale Gerechtigkeit	30	57
Arbeitsmarktpolitik	27	35
Bildungspolitik	21	

<http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-08-30-LT-DE-TH>

b. Ansichten über die LINKE

Die LINKE...	%
...löst keine Probleme, aber nennt Dinge beim Namen	85
...setzt sich am stärksten für sozial Schwache ein	63
...kümmert sich um Probleme in Ost-Deutschland	56
...soll mitregieren, aber nicht den Ministerpräsidenten stellen	55

<http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-08-30-LT-DE-TH/umfrage-aussagen.shtml>

Wie schon bei anderen Wahlen auch, wurden die thüringischen Wähler/-innen durch Infratest dimap über ihre Ansichten zur LINKEN befragt. Dabei gestanden 85% der Befragten der LINKEN zu, die richtigen Dinge zu thematisieren, waren jedoch gleichzeitig der Auffassung, dass sie die Probleme nicht löse. Mit Blick auf das Wahlergebnis und den Regierungsauftrag der thüringischen Wähler/-innen an die LINKE ist die bisherige Interpretation dieser Antwort zu prüfen. Wir gingen bisher davon aus, dass in der Antwort eine Positionierung dahingehend enthalten sei, dass der LINKEN auch nicht zugetraut werde, diese zu lösen. Angesichts der Thüringer Ergebnisse könnte auch interpretiert werden, dass es sich hierbei zumindest zu einem relevanten Teil um eine sachliche Feststellung – noch löst sie die Probleme nicht – handelt.

c. Wähler/-innen nach Tätigkeit und Altersgruppen

Merkmal Tätigkeit		Merkmal Alter	
Alle	27,4		
Arbeiter	29	18-24 Jahre	21
Angestellte	24	25-34 Jahre	19
Selbständige	14	35-44 Jahre	24
Rentner	30	45-59 Jahre	30
in Ausbildung	21	über 60 Jahre	28
Arbeitslose	33		

<http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-08-30-LT-DE-TH>

Die Tabelle zeigt, dass der größte Teil der Wähler/-innen der Linken in Thüringen aus der Gruppe der Arbeitslosen gewonnen wurde (33%). Die zweitgrößte Gruppe stellen die Rentner/-innen (26%), gefolgt von den Arbeitern (29%). Demgegenüber unterdurchschnittlich ist der Anteil bei den Selbständigen (14%).

Auf die Merkmalsgruppe Alter wurde oben bereits eingegangen.

Die Autoren / Vorbehalt

Dr. Benjamin-Immanuel Hoff ist Sozialwissenschaftler und arbeitet derzeit für die Partei DIE LINKE. als Staatssekretär für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz im Senat von Berlin.

Horst Kahrs ist Sozialwissenschaftler und leitet den Bereich Strategie und Politik in der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE.

Beide Autoren geben in dieser Wahlnachtberichterstattung ihre persönliche Meinung wieder.

Unterstützt wurde die Erstellung dieser Wahlnachtberichterstattung durch *Aljoscha Jacobi* und *Jonas Nier*.

Die während der Wahlnacht entstandene Analyse basiert auf den öffentlich zugänglichen Daten von Wahlforschungsinstituten, einschlägigen Medienveröffentlichungen bzw. wissenschaftlichen Publikationen.

Die dort entnommenen Daten können Mängel aufweisen, die bei der Übertragung nicht als solche erkannt werden. Darüber hinaus können Datenfehler bei der Erarbeitung dieser Analyse selbst entstehen. Die Darstellung und die gezogenen Schlüsse stehen unter diesem Vorbehalt.

* * *